

Torsten Bewernitz

«GEMEINSAMER FEIND – GEMEINSAMER KAMPF»

## **DIE SPONTANEN STREIKS IM RHEIN-NECKAR-GEBIET 1973**

Im Juni 1973 erschien das Kritische Jahrbuch «Gewerkschaften und Klassenkampf» zum zweiten Mal. Eberhard Schmidt beschäftigt sich hier bereits mit den spontanen Streiks des Spätherbsts 1972 und des Frühjahrs 1973. Er konstatiert hier zwar eine ständige Steigerung der spontanen Streiks<sup>1</sup> – Warnstreiks sind hier inbegriffen<sup>2</sup> –, eine Welle oder eine besondere Rolle migrantischer MassenarbeiterInnen, MigrantInnen oder auch von Frauen ist jedoch überhaupt nicht absehbar. «Im Zeitraum vom Januar 1972 bis zum Juni 1973 haben sich [...] mindestens 300.000 Lohnabhängige an solchen Aktionen beteiligt».<sup>3</sup> Schmidt nennt einige Beispiele aus dem Rhein-Neckar-Gebiet: einen Streik bei Daimler-Benz in Mannheim im März 1973 aufgrund eines korrupten Meisters, den Streik von 1.500 ArbeiterInnen bei BBC am 7. Mai u.a. für eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig, den Streik von 500 ArbeiterInnen in der Mannesmann-Niederlassung Heidelberg und den Streik von 250 spanischen ArbeiterInnen in der Schnellpressenfabrik Wiesloch als einziges Beispiel eines deutlich migrantisch geprägten Streiks. Er erwähnt ferner die Zahl von 24 spontanen Streiks in Mannheim im Monat Mai 1973 (eine Zahl, die in den verschiedenen Beiträgen zwischen 22 und 36 schwankt), erwähnt den später für den Rhein-Neckar-Raum am meisten beachteten Streik bei John Deere allerdings gar nicht, was am Zeitpunkt der Ereignisse bei John Deere vom 22. bis zum 29. Mai liegen dürfte und sich mit dem Redaktionsschluss des Jahrbuchs überschneiden haben wird.

Nur ein Jahr später, 1974, lesen sich die Darstellungen der Streikwelle bereits ganz anders. Das entsprechende Jahrbuch enthält drei Beiträge zu den Streiks im allgemeinen,<sup>4</sup> außerdem zwei Beiträge, die sich insbesondere mit der Situation bei Ford in Köln auseinander setzten.<sup>5</sup> Der bis heute erscheinende linksgewerkschaftliche «*express*» veröffentlichte zwei umfangreiche Sonderhefte zum Thema.<sup>6</sup> Vor allem aber veröffentlichten Karl Heinz Roth und Angelika Ebbinghaus – zweite ohne Namensnennung – ihre Studie über die «andere» Arbeiterbewegung,<sup>7</sup> deren Einleitung die Streikwelle

<sup>1</sup> Schmidt, Eberhard: Spontane Streiks 1972/73. S. 30. In: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '73. Frankfurt a.M. 1973. S. 30–42.

<sup>2</sup> Warnstreiks galten noch bis 1984 als «wilde» Streiks. Sie wurden zwar meist nicht sanktioniert, waren aber auch nicht ausdrücklich rechtlich anerkanntes Mittel in Arbeitskämpfen. Als die Arbeitsrechtsprechung dieses Gewohnheitsrecht juristisch «legalisierte», wollte sie ironischerweise durch eine Ausweitung spontaner Streikformen das Streikwesen insgesamt einschränken: Die kurze Drohgebärde «Warnstreik» sollte lange tarifliche Streiks vermeiden.

<sup>3</sup> Schmidt 1973: S. 41.

<sup>4</sup> Kern, Horst: Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den Streiks 1973. S.25–43; Müller-Jentsch, Walter: Die spontane Streikbewegung 1973. S. 44–54; Kosack, Godula und Stephen Castels: Gewerkschaften und ausländische Arbeiter. S.176–190. Alle in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '74. Frankfurt a.M. 1974.

<sup>5</sup> Delp, Volker, Lothar Schmidt und Klaus Wohlfahrt: Gewerkschaftliche Betriebspolitik bei Ford. S. 161–175; Piehl, Ernst: Gewerkschaftliche Basismobilisierung kontra multinationale Kapitalstrategie – am Beispiel Ford. S. 235–248. Beide in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '74. Frankfurt a.M. 1974.

<sup>6</sup> Redaktionskollektiv «*express*»: Spontane Streiks 1973. Krise der Gewerkschaftspolitik. Offenbach 1974; Hildebrandt, Eckart und Werner Olle: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD. Offenbach 1975.

<sup>7</sup> Roth, Karl Heinz: Die «andere» Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. 4. Auflage, München 1977 (Erstaufgabe 1974).

als Anlass der Publikation verdeutlicht.

Da Roth und Ebbinghaus vor allem die Entwicklung der Repression im Blick haben und dabei insbesondere der Frage nachgehen, wie die Inkorporation der «offiziellen» Arbeiterbewegung in Form von Gewerkschaften und Parteien von statten ging und wie diese immer wieder an der Zerschlagung der «anderen» Arbeiterbewegung(en) beteiligt waren, steht die Repression bei Ford in Köln im August 1973 im Mittelpunkt. Einleitend gehen die AutorInnen jedoch ebenso auf den Streik bei John Deere in Mannheim ein.

Der Streik bei John Deere ist im Vergleich zu den anderen Streiks in dieser Region relativ gut dokumentiert und wird daher auch im Folgenden fokussiert. Roth und Ebbinghaus legen rein chronologisch nahe, dass dieser Streik eine «Initialzündung» für die folgende Welle war. Regional betrachtet allerdings beendet John Deere die kurze Welle der Mai-Streiks durch ein hohes Maß an Repression.

Ging die Welle von Streiks, die Christian Frings 2013 einen «historischen Wendepunkt» nannte,<sup>8</sup> von Mannheim aus? Und wenn dem so gewesen ist, welche besonderen Umstände führten zu dieser Vorreiterrolle des transnationalen Proletariats in Mannheim und Umgebung?

## ARBEITSMIGRATION NACH 1945

Es gibt viele gute Gründe, die Geschichte der «eigensinnigen Praxis der Migration»<sup>9</sup> und der migrantischen Widerstände in Deutschland nicht erst mit der Geschichte der «Gastarbeit» ab den 1950er Jahren zu beginnen: Arbeitsmigration prägte Deutschland bereits im Kaiserreich, kurz gesagt: Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland.<sup>10</sup> Bezüglich des Streikgeschehens sind etwa die Bergarbeiterstreiks der Jahre 1889, 1905 und 1912 im Ruhrgebiet und an der Saar zu betonen: Die Streikbewegung von 1889 mit etwa 100.000 Beteiligten beeinflusste u.a. die politische Entscheidung, das Sozialistengesetz nicht mehr zu verlängern und führte zu einem historischen Aufschwung der Gewerkschaften im Bergbau. Grund für die Möglichkeit dieser Massenmobilisierungen war auch, dass sich erstmals das katholische Milieu beteiligte: Im Ruhrgebiet waren dies insbesondere die zugewanderten polnischen Bergarbeiter.

Die Geschichte der «Gastarbeit» muss vor allem auch in einer Kontinuität der Zwangsarbeit und der «Fremdarbeiter» im Nationalsozialismus betrachtet werden. Der Wegfall dieser Arbeitskräfte konnte nach 1945 in Westdeutschland zunächst noch durch Flüchtlinge aus der Ostzone bzw. der DDR sowie durch Vertriebene kompensiert werden, mit der zunehmenden Abschottung des Ostblocks versiegte diese Quelle an Arbeitskraft jedoch ab Mitte der 1950er Jahre zusehends.<sup>11</sup>

Abgesehen davon, dass eine detaillierte Geschichte der Migration und des migrantischen Widerstands hier aber die Grenzen des Artikels sprengen würde, kann im ökonomischen Sinne durchaus von einem neuen Kapitel der Widerstandsgeschichte gesprochen werden – zumal die spontane Streikwelle 1973 zwar migrantisch geprägt war, aber keineswegs ausschließlich Sache der migrantischen ArbeiterInnen, wie gegen jeden Versuch einer Ethnisierung zu betonen ist.

Bereits mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland war eine spezifische «Ausländerbeschäftigung» vorgesehen. Ab Mitte der 1950er Jahre begann die Bundesrepublik, Anwerbeabkommen abzuschließen: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko und Südkorea, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien und 1968 mit Jugoslawien. Die Anwerbung von «Gastarbeitern» hing eng mit den Rationalisierungsprozessen zusammen: «Mit der Anwendung neuer Produktionsverfahren war die Zunahme restriktiver und unqualifizierter industrieller Arbeiten verbunden».<sup>12</sup>

Hintergrund der Anstellung war einfach eine – den subjektiven Faktor allerdings unterschlagende – Gewinnrechnung: Die auf 32.000–40.000 DM geschätzten Ausbildungskosten hatte das Heimatland bereits getragen, durch den «niedrigen Lebensstandard» kalkulierte man eine zusätzliche Gewinnspanne

<sup>8</sup> Frings, Christian: Ein historischer Wendepunkt. Der Streiksommer 1973. In: *Direkte Aktion* 217, Mai/Juni 2013. S. 8.

<sup>9</sup> Benz, Martina und Helen Schwenken: Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis. In: *Prokla* 140/2005. S. 363–376.

<sup>10</sup> Nghi Ha, Kein: Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Steyerl, Hito und Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hrsg.): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster 2003. S. 56–107.

<sup>11</sup> Zu den Kontinuitäten seit dem Nationalsozialismus siehe Roth 1977: S. 195–213.

<sup>12</sup> Pätzoldt, Björn: Die Entrechtung der ausländischen Arbeiter durch das Ausländerrecht. Rechtsgeschichte der Arbeiterimmigration in Deutschland. S. 415. In: *Das Argument* 86, Heft 5/6; Karlsruhe 1974. S. 409–421.

von 20.000 DM. Dazu wurden die Einzahlungen in Renten- und Sozialkasse als Gewinn kalkuliert, da man ja von einem vorübergehenden Aufenthalt der GastarbeiterInnen ausging.<sup>13</sup>

Kein Nghing Ha spricht entsprechend von einer «Überausbeutung migrantischer Produktivkraft». Dazu gehörten «neben erzwungenem Lohndumping, auch [...] schlechtere Arbeitsbedingungen, befristete Zeitverträge, Verweigerung von üblichen Sozialleistungen und das Abwälzen von regenerativen Folgekosten auf die WanderarbeiterInnen [...]».<sup>14</sup> Die Krisenentwicklung seit 1966/67 (Rezession) und noch einmal verstärkt nach 1973 wurde auf dem Rücken der migrantischen Arbeiterschaft ausgetragen, ähnlich wie 2008 die Stammbesellschaften der Großbetriebe durch die Massenkündigungen von LeiharbeiterInnen geschützt wurden – auch die Arbeitslosigkeit wurde ethnisiert.<sup>15</sup>

GastarbeiterInnen waren hauptsächlich eingeplant für das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung, insbesondere für stark rationalisierte Großbetriebe. Das Rhein-Neckar-Gebiet gehörte entsprechend zu den Gebieten, in denen «die ausländischen Arbeiter [...] am stärksten konzentriert, mit einer Fluktuationsrate von ca. 30 Prozent äußerst mobil, gleichzeitig optimal ghettoisierbar und somit je nach den Expansionsrichtungen der mechanisierten Massenproduktion leicht zu verschieben» waren.<sup>16</sup>

## DIE «WILDE» STREIKWELLE 1973

Es gab, soviel ist sicherlich deutlich geworden, mehr als genug Gründe für die migrantischen ArbeiterInnen, zu revoltieren. Andererseits war Streiken, gerade das «wilde» Streiken ohne Gewerkschaft und ohne Tarifverhandlung, aber auch schon Alltagsdissidenz, für die GastarbeiterInnen ein weitaus größeres Risiko als für KollegInnen mit deutschem Ausweis: Viele waren direkt durch die Firma rekrutiert worden und ein Verlust des Arbeitsplatzes bedeutete auch den Verlust der oft betriebseigenen Wohnung und nicht selten des Aufenthaltsrechts. Der Aspekt, dass «wilde» Streiks ganz allgemein rechtlich und materiell unangenehme Folgen haben konnten (und können), verstärkt sich in diesem Fall. Statistiken und Zählungen spontaner Ausstände müssen deswegen immer unvollständig bleiben, denn es lag nur selten im Interesse der Streikenden, dass eine letztlich illegale oder zumindest juristisch nicht tolerierte Form des Arbeitskampfs öffentlich und damit ein Fall für die Justiz wird.<sup>17</sup>

Der lange Streiksommer 1973 war das letzte Aufbäumen einer globalen Streikwelle, die sich etwa von 1968 bis 1974 erstreckte.<sup>18</sup> Neben den Septemberstreiks 1969 in Deutschland war ein Hochpunkt dieser Streikwelle vor allem die Unruhe in den norditalienischen Industriegebieten. Beverly Silver weist darauf hin, dass der Kampfzyklus in der Metallverarbeitung in Italien und auch Spanien weitaus militanter und auch politischer geführt wurde, da es sich hier um inländische MigrantInnen handelte.<sup>19</sup> In Deutschland wie auch in den anderen Staaten Nordwesteuropas war es wesentlich einfacher, auf MigrantInnen aus verschiedenen Herkunftsländern zu rechnen, d.h. erstens einen militanten Pool von ArbeiterInnen durch einen anderen zu ersetzen und zweitens die ArbeiterInnen anhand ihrer Staatszugehörigkeit zu spalten: TürkInnen standen z.B. nahezu immer in der untersten Linie dieser Schichtung innerhalb der Klasse, d.h. hatten die geringsten Löhne und die schwersten und stupidesten Arbeiten zu verrichten.

Die Reaktion der Unternehmen bestanden in einer schnelleren Robotisierung arbeitsintensiver Produktionsschritte, die Förderung einer sogenannten «verantwortungsvollen Gewerkschaftspolitik» sowie geographischer Verlagerung. Beverly Silver weist auf einen Anstieg der Auslandsinvestitionen aus Deutschland um das Fünffache von 1967 bis 1975 hin.<sup>20</sup>

Ende 1973 wurden in Deutschland über 300 Streiks mit fast 300.000 Streikenden gezählt.<sup>21</sup> Hintergrund der Streikwelle war auch eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Tarifabschlüssen der IG Metall vom

---

<sup>13</sup> Nghi Ha 2003: S. 69.

<sup>14</sup> Ebd. S. 72.

<sup>15</sup> Ebd. S. 71.

<sup>16</sup> Roth 1977: S. 223.

<sup>17</sup> Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark. Frankfurt a.M./New York 2007. S. 40.

<sup>18</sup> Screpanti, Ernesto: Long Cycles in Strike Activity. An Empirical Investigation. S. 101, 107, 111. In: *British Journal of Industrial Relations* 25/1987. S. 99–124.

<sup>19</sup> Silver, Beverly J.: *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin/Hamburg 2005. S. 75f.

<sup>20</sup> Ebd. S. 76.

<sup>21</sup> Frings 2013: S. 8.

Januar 1973, die durch die gleichzeitig beginnende Inflation eine Reallohnsenkung bedeutete.<sup>22</sup>

Die am meisten im kollektiven Gedächtnis gebliebenen Streiks waren der bei Ford Köln vom 24. bis zum 30. August und der bei Pierburg in Neuss vom 13. bis zum 19. August. Neben der Größe und Länge der Streiks sind es einerseits die sehr intensive Repression und rassistische Spaltung im Falle Ford Kölns und andererseits die abgewehrte Spaltung, der Erfolg und die besondere Rolle der Frauen bei Pierburg, die diese beiden Streiks hervorstechen lassen.

Mit 11.000 bis 12.000 türkischen ArbeiterInnen hatte das Kölner Ford-Werk 1973 die größte türkische Arbeiterschaft außerhalb der Türkei.<sup>23</sup> Nach den Sommerferien kündigte Ford zahlreichen türkischen ArbeiterInnen, als diese verspätet aus dem Urlaub zurückkehrten – eine gängige Praxis, die Ford bis dahin toleriert hatte. Gleichzeitig war eine Woche vor Beginn des Streiks die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 60 Pfennig erhoben worden. 2.500 deutsche und türkische ArbeiterInnen demonstrierten am ersten Streiktag vor dem Werkstor und forderten Lohnerhöhungen, die Rücknahme der Kündigungen und eine Reduzierung des Arbeitstempos.

Die Medien sprachen bald vom «Türkenstreik», die Kölner *Abendpost* titelte «Türkenterror in Köln». Im Duktus heutiger NPD-Wahlplakate kommentierte die *Bild*-Zeitung am 30. August «Gastarbeiter, dieses Wort kommt von Gast. Ein Gast, der sich schlecht beträgt, gehört vor die Tür gesetzt».<sup>24</sup>

Am 30. August wurde der Streik gewaltsam zerschlagen durch eine eskalierende Demonstration Arbeitswilliger. Jörg Huwer identifiziert hier eine «Wut der deutschen Arbeiter»,<sup>25</sup> Karl Heinz Roth interpretiert die Ereignisse als beabsichtigte Eskalationsstrategie des Managements: «Der erste konsequent gegen die kapitalistische Arbeit gerichtete Kampf des multinationalen Massenarbeiters in der BRD war zerschlagen».<sup>26</sup> Materielles Ergebnis des Streiks waren eine Einmalzahlung von 280 DM, eine leichte Erhöhung des 13. Monatsgehalts, Bezahlung der Streiktage für die inaktiv Streikenden und individuelle Prüfung der Entlassungen.

Der Streik bei dem Vergaserhersteller Pierburg/Neuss dagegen nahm einen ganz anderen Verlauf.<sup>27</sup> «Im Unterschied zu vielen anderen Kämpfen dieses Zyklus war es hier gelungen, die Spaltung zwischen deutschen männlichen Facharbeitern und migrantischen, vor allem aus Griechenland stammenden Frauen zu überwinden und gemeinsam für die Forderungen nach einer Mark mehr für alle und der Abschaffung der «Leichtlohngruppe» II – der tarifvertraglich legitimierten Frauendiskriminierung – einzutreten.»<sup>28</sup> Dem Pierburg-Streik waren in den Vorjahren bereits zwei, ebenfalls hauptsächlich von Frauen getragene, Streiks vorweggegangen, in denen vor allem die Unterbringung thematisiert wurde. Im August 1973 kam die Bedrohung durch 300 geplante Entlassungen hinzu: Die Arbeiterinnen sollten durch neue und damit schlechter bezahlte migrantische Arbeiterinnen ersetzt werden. Nach fünf Tagen lenkte die Unternehmensführung ein: Die nur für Frauen geltende Leichtlohngruppe II entfiel – damit hatten die Pierburg-Frauen 1973 «equal pay» erkämpft! – und es wurden Lohnzuschläge zwischen 53 und 65 Pfennig vereinbart.

## DIE AUSSTÄNDE IN MANNHEIM UND UMGEBUNG

Die wilde Streikwelle erfasste im Rhein-Neckar-Raum in erster Linie die Metallindustrie – dies gilt auch bundesweit, einige Textil-, Chemie- und Dienstleistungsunternehmen (Medien) kamen hinzu. Die vorhergehende spontane Streikwelle des Jahres 1969<sup>29</sup> war an Mannheim relativ spurlos (wenn auch nicht ganz) vorübergegangen, weil diese ihren Schwerpunkt in der Schwermetallindustrie im Ruhrgebiet, Norddeutschland und an der Saar hatte. Obwohl der Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten von einer Radikalisierung durch und seit dem 1963er Metallarbeiterstreik schreibt und es im Frühjahr 1970 auch in

<sup>22</sup> Köhler, Ursula: Streik bei John Deere, Mannheim. S. 143. In: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Hrsg.): Dieser Betrieb wird bestreikt. Frankfurt a.M. 1974. S. 142–151.

<sup>23</sup> Zum Folgenden: Betriebszelle Ford der Gruppe Arbeiterkampf: Streik bei Ford Köln. Köln 1973; Huwer, Jörg: «Gastarbeiter» im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973. Köln 2013.

<sup>24</sup> Huwer 2013: S. 92.

<sup>25</sup> Ebd. S. 87.

<sup>26</sup> Roth 1977: S. 16.

<sup>27</sup> Es gibt zahlreiche Berichte und Publikationen zum Pierburg-Streik. Die wesentlichen sind zusammengefasst in: Braeg, Dieter (Hrsg.): Wilder Streik – das ist Revolution. Der Streik der Arbeiterinnen bei Pierburg in Neuss 1973. Berlin 2012.

<sup>28</sup> Frings 2013: S. 8.

<sup>29</sup> Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF): Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen. Frankfurt a.M. 1969; Schumann, Michael u.a.: Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Eine empirische Untersuchung. Frankfurt a.M. 1971.

Mannheim zu einer spontanen Streikwelle gekommen ist, scheint die Stimmung bzgl. der Streiks 1969 noch ablehnend gewesen zu sein: «Als ein Arbeiter bei John Deere die Streiks der Ruhrarbeiter verteidigte [1969], wurde er krankenhausreif geschlagen».<sup>30</sup> Der Auslöser der 1970er Streikwelle war bereits die Streitfrage der Akkordzeiten und der Akkordbezahlung. Nach der verhältnismäßigen Ruhe im Raum Rhein-Neckar fragte der *Mannheimer Morgen* am 8. Juli 1970, ob «nach den Septemberstreiks jetzt Mannheim dran ist».<sup>31</sup> Zentrum dieser Streikbewegung ist bereits John Deere auf dem Lindenhof. Im Februar 1970 fand hier ein zweitägiger Streik gegen Akkordtempo und Überstundenzwang statt. Im Gegensatz zu anderen Betrieben war es bei Deere in der Rezession 1966/67 nicht zu Massenentlassungen gekommen, stattdessen wurden die Akkorde allerdings massiv erhöht: «die Bandgeschwindigkeiten wurden so drastisch gesteigert, daß eine Woche lang täglich 50-60 Traktoren anstelle der vorher üblichen 30 mit drei Lokomotiven – und zwar 12-14 Stunden am Tag [...] – gen Westen geschickt wurden».<sup>32</sup>

Mannheim markiert zwar nicht den Beginn der spontanen Streikwelle 1973, aber im Mai 1973 einen ersten Kumulationspunkt der Ausstände. Die ersten dokumentierten «wilden» Streiks des Jahres 1973 fanden Mitte Februar bei Hoesch in Dortmund und zwei Wochen später bei Mannesmann in Duisburg statt. Für Januar 1973 sind auch bereits spontane Ausstände in mehreren Mannheimer Betrieben belegt. Allerdings sind diese Streiks im Rahmen der Tarifrunde zu betrachten, sie waren schlicht Warnstreiks. Die Initialzündung 1973 in Mannheim war der Streik von 60 TurbinenspindeldrehernInnen bei BBC am 7. Mai.<sup>33</sup> Die Vertrauensleute der Turbinenspindeldreherei bei BBC hatten schon vor der letzten Metall-Tarifrunde Forderungen festgelegt, die teilweise über die Forderungen der IG Metall hinausgingen: «Sockelbetrag in Mark und Pfennig, Ausgleich der letzten Lohnverluste, kurze Laufzeit der Tarifverträge und Beseitigung der Leichtlohngruppen».<sup>34</sup> Der Streik dauerte einen Tag – von 9.00 bis 18.00 Uhr – und endete mit einer Zusicherung einer Lohnerhöhung von 20 Pfennig. Lehrlinge und Angestellte waren von dieser Lohnerhöhung allerdings ausgeschlossen, das motivierte einen Monat später, am 20. Juni, einen erneuten Streik der Lehrlinge.

Der «Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten» interpretierte im selben Jahr den Streikerfolg bei BBC in der Tat als Auslöser:

«Als sich Mitte Mai der erfolgreiche Streik bei BBC überall herumgesprochen hatte, ging es erst richtig los: 500 Arbeiter der Mannheimer Motorenwerke forderten am 16. Mai 50 bis 75 DM mehr Monatslohn und legten zur Bekräftigung ihrer Forderung die Arbeit nieder».<sup>35</sup>

Das Ergebnis dieses Streiks war eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 bis 20 Pfennig. Am gleichen Tag traten auch die ArbeiterInnen bei dem Schwetzinger Nähmaschinenhersteller Frankl & Kirchner in den Streik und setzten eine monatliche Lohnerhöhung von 47 DM (gefordert waren 60 DM) durch. Am 17. Mai folgte eine Arbeitsniederlegung bei AEG Mannheim, am 18. Mai bei Bopp & Reuther; ferner streikten 150 Handwerker bei den Papierwerken Waldhof-Aschaffenburg PWA (heute SCA, Hersteller von Zewa) und 600 Beschäftigte im Maschinenbau der Draiswerke, die gesamte Belegschaft der Hockenheimer Firma Ranco (Kühlschrankthermostate) und andere (siehe Tabelle).

Auch wenn die Auflistung der Gesamtzahl der Streiks unvollständig bleiben muss,<sup>36</sup> lassen die vorliegenden Zahlen sehr deutlich auf eine quantitative Eskalation der Streiks am 18. Mai schließen. Auf diese folgte eine Woche darauf, teilweise lediglich durch ein Wochenende getrennt, die regionale Welle der langen und intensiven Streiks mit wesentlich höheren Beteiligungszahlen: bei den VFW (Vereinigte

<sup>30</sup> Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten: Materialien zur Entwicklung der Klassenkämpfe im Rhein-Neckar-Raum und der Streik bei John Deere. S. 55. In: Wieser, Harald (Hrsg.): Jahrbuch zum Klassenkampf 1973. Sozialistische Initiativen im kapitalistischen Deutschland. Berlin 1973. S. 48–72.

<sup>31</sup> Birke 2007: S.279. Die Reaktion des *Mannheimer Morgen* bezieht sich offensichtlich vor allem auf die Proteste bei Daimler-Benz gegen die MTM-Maßnahmen (*methods-time measurement*) sowie den Streik von 500 ArbeiterInnen bei den Mannheimer Motoren Werken. Vgl. Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973. S. 55. ZU MTM vgl. Roth, Karl Heinz: Die globale Krise. Hamburg 2009. S.164–168.

<sup>32</sup> Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973: S. 54.

<sup>33</sup> Eberhard Schmidt benennt zuvor noch einen spontanen Streik bei Daimler-Benz im März 1973 mit 500 Beteiligten, in dem gegen einen korrupten Meister protestiert wurde. Schmidt 1973: S. 36. – Solche kurzzeitigen Proteste waren offenbar insbesondere «beim Benz» in Mannheim an der Tagesordnung.

<sup>34</sup> Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973: S. 61.

<sup>35</sup> Ebd. S. 62.

<sup>36</sup> Wir haben einleitend bereits auf die verschiedenen Schätzungen zwischen 22 und 36 Streiks hingewiesen. Am häufigsten ist allerdings die Nennung von 29 Streiks, dabei wird von etwa 43.000 Streikenden ausgegangen. Einige Streiks finden dabei kaum Erwähnung, so berichtet der Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten von einem 14-tägigen Streik bei der Firma Ashland. In der Berichterstattung über den John Deere-Streik benennt der *Mannheimer Morgen* mehrfach den Streik bei der Maschinenfabrik Carl Cron im Industriehafen, die sonst nirgendwo Erwähnung findet.

Flugtechnische Werke) Speyer ab dem 25. Mai mit 1.350 Streikenden,<sup>37</sup> bei International Harvester Heidelberg vom 24. Mai bis zum 1. Juni<sup>38</sup> und vor allem dem am meisten beachteten Mannheimer Streik bei John Deere vom 22. bis zum 29. Mai mit 2.500 Beteiligten.

Datum	Firma/Ort	Streikziele, Streikergebnisse	Streikbeteiligte
7.5.	BBC Mannheim-Käfertal	Ergebnis: 20 Pfg/Std mehr, gilt auch für andere BBC-Werke	1500 - 4000
15.5. (16.5.?)	Mannesmann-Zweigwerk Heidelberg	Teuerungszulage	500
16.5.	Motorenwerke Mannheim	Ergebnis: 10-20 Pfg/Std mehr	700
16.5.	Frankel & Kirchner Schwetzingen	Ergebnis: Teuerungszulage DM 47 monatlich mehr	400
17.5.	AEG Mannheim	Teuerungszulage	
18.5.	Bopp & Reuther Mannheim	Ergebnis: 15 Pfg/Std mehr, Angestellte DM 20 monatlich	
18.5.	Draiswerke Mannheim	Ergebnis: Teuerungszulage DM 25 monatlich	300 - 600
18.5.	Ranco Hockenheim	Teuerungszulage DM 35 monatlich und Betriebstarifvertrag	300
18.5.	Mannesmann-Geisel Mannheim	DM 1,-/Std. mehr	150
18.5.	Weiland KG Mannheim	Teuerungszulage	30
22., 24.-29.5.	John Deere Mannheim	Ergebnis: Teuerungszulage DM 20 monatlich Anderung der Akkordregelung	2500
24.5.-1.6.	International Harvesters Heidelberg	Ergebnis: Teuerungszulage DM 60 für Juni, ab Juli DM 30	600
30.5.	VFW Speyer	Ergebnis: Teuerungszulage DM 240 Juli - Dezember 73	1350
Ende Mai / Anfang Juni	Stahlwerk Mannheim	Ergebnis: 15 Pfg/Std mehr ab 1.10.	270
15.-16.5.	Heidelberger Schnellpressenfabrik Wiesloch	6 Wochen statt bisher 4 Wochen zusammenhängender Urlaub	250 (Spanier)
20.6.	BBC Mannheim	Teuerungszulage und Fahrtgeldrückerstattung	80 (Lehrlinge)
19.9.	Stadtreinigung Mannheim	Teuerungszulage DM 600; Ergebnis: „Gewisse Strukturverbesserungen“	450
11.10.	Pepperl & Fuchs Mannheim	Teuerungszulage	30
25.10.	Antrieb- und Regeltechnik Mannheim	Ergebnis: Teuerungszulage DM 160	130

Tabelle: Unvollständige Liste der Streiks im Rhein-Neckar-Gebiet 1973, zusammengestellt aus: Redaktionskollektiv «express»: Spontane Streiks 1973. Krise der Gewerkschaftspolitik. Offenbach 1974. S. 128–158.

## DER STREIK BEI JOHN DEERE

Der Streik bei John Deere<sup>39</sup> war bis dato der größte, was Karl Heinz Roth 1974 in der Einleitung zu «Die «andere» Arbeiterbewegung» zu der Aussage führte, dieser Streik habe «einen der denkwürdigsten Kampfzyklen in der westdeutschen Klassengeschichte»<sup>40</sup> eingeleitet. Für Mannheim war er «Abschluss und Höhepunkt»<sup>41</sup> der spontanen Arbeitskämpfe. Die Hälfte der Belegschaft war migrantisch (die Angestellten ausgeschlossen sogar die Hälfte) und insbesondere unter ihnen hatte der Betrieb in aller Heimlichkeit durch Bandgeschwindigkeiten und fehlende Arbeitszeitkarten den Akkord verdoppelt und damit die Arbeitsproduktivität allein in der unmittelbaren Zeit vor dem Streik um 100 Prozent gesteigert: «das hatte nämlich die Überprüfung des Akkordsystems in der vergangenen Woche [in der Woche vor dem Streik, Anm. T.B.] ergeben. Daß vielmehr für manche Arbeiten nur die Hälfte der aufgewendeten Zeit bezahlt wird. Und obwohl es offen auf der Hand liegt, daß das Fehlen der Arbeitszeitkarten ein Verstoß gegen den Tarifvertrag darstellt.»<sup>42</sup> Die migrantische Belegschaft war in betriebseigenen Baracken auf dem Werksgelände untergebracht, gegen diese Wohnsituation protestierten die dort Wohnenden schon mehrere Jahre.

Gegen die heimliche Akkorderhöhung hatten am 15. Mai die Vertrauensleute der IG Metall getagt und Forderungen und Protestaktionen beschlossen. Am 21. Mai formulierten sie einstimmig als Forderungen:

1. Erhöhung der Lohngruppe für das Montageband
2. Einführung von stündlichen 5-6minütigen Pausen
3. Einführung mehrsprachiger Arbeitszeitkarten zur Überprüfung der MTM-Vorgabezeiten

<sup>37</sup> Den Termin benennt der Kommunistische Bund Bremen: *Wahrheit* Nr. 5/6, Bremen Mai/Juni 1973, S. 5, zitiert nach [http://www.mao-projekt.de/BRD/RPS/KAI/Speyer\\_IGM\\_VFW.shtml](http://www.mao-projekt.de/BRD/RPS/KAI/Speyer_IGM_VFW.shtml), 27.07.2014.

<sup>38</sup> Der Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten (1973: S. 65) beschreibt den Streik bei Internationale Harvester als Anschluss an den Streik bei John Deere aufgrund persönlicher Kontakte.

<sup>39</sup> Der Schwerpunkt dieses Beitrags auf diesem einen Streik ist in erster Linie der Literaturlage geschuldet. Berichte über den Streik bei John Deere, auf die sich der folgende Abschnitt bezieht finden sich an folgenden Stellen: Roth 1977: S. 5–19; Hildebrandt/Olle 1976: S. 25–31; Redaktionskollektiv «express» 1974: S. 66–69; Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten 1973; Köhler 1974.

<sup>40</sup> Roth 1977: S. 5.

<sup>41</sup> Hildebrandt/Olle 1976: S. 25.

<sup>42</sup> Köhler 1974: S. 145.

Als Folge dessen wurden am 22. Mai die Überstunden verweigert. Dieser Überstundenstreik hatte keine Auswirkungen, weil das Management durch die Ankündigung vorgewarnt war und vor dem Wochenende die Bandgeschwindigkeit nochmals erhöht hatte, um den Verlust auszugleichen. Einige Abteilungen streikten allerdings bereits vollständig. Um die Mittagszeit sprachen die Streikenden beim Betriebsratsvorsitzenden vor.

Einen Tag später standen die Fließbänder in der Getriebe- und Endmontage (Bau 10) still. Die anderen Abteilungen folgten – Karl Heinz Roth schreibt, nach 10 Minuten sei das Werk lahmgelegt gewesen, Ursula Köhler dagegen berichtet, dass die Resonanz in der ersten Stunde sehr gering gewesen sei. Der Bau 11 solidarisierte sich unmittelbar. Die Bandarbeiter stellten in diesem Moment die spontane Forderung nach einer Mark mehr Lohn für alle auf. Die Vertrauensleute appellierten kurze Zeit später für 70 Pfennig mehr für die ArbeiterInnen, 120 DM für die Angestellten und 60 bzw. 80 DM<sup>43</sup> für die Lehrlinge.

Am 24. Mai streikte die gesamte Belegschaft von John Deere, die Polizei hatte das Gelände umstellt und schleuste «zivile Beobachter» in den Betrieb – eine offizielle Intervention der Polizei auf dem Betriebsgelände verweigerte der Betriebsrat. Die IG Metall-Ortsverwaltung weigerte sich, den Streik zu einem legalen zu machen, obwohl das hauptsächliche Streikmotiv ein Tarifbruch – durch die fehlenden Arbeitszeitkarten – seitens des Unternehmens war. Gleichzeitig machte die Unternehmensführung erste Zugeständnisse, vor allem die Überprüfung des Akkords betreffend.

Am Freitag, dem 25. Mai, ist offenbar eine neue Eskalationsstufe erreicht: Aufgrund eines Missverständnisses ging eine Gruppe migrantischer ArbeiterInnen gegen zwei Kollegen vor, die offenbar nicht streiken oder nicht streiken wollen. Tatsächlich überwachten diese Arbeiter die aufgeheizten Öfen, um bleibende Schäden zu vermeiden. Der genaue Hergang bleibt allerdings ungeklärt, einer der migrantischen Streikenden berichtet, er sei mit einem Messer bedroht worden. In Flugblättern werden «Radikalinskis» für den Streik verantwortlich gemacht, die ersten Urlaubsvorschläge kommen von Seiten der Meister. Von der Gelegenheit soll von den deutschen ArbeiterInnen großzügig Gebrauch gemacht worden sein. Der Ton wurde nun deutlich herber, es ist von «randalierenden Ausländerhorden» die Rede und von Schlägereien. Der «volkswirtschaftliche Schaden» belief sich nun bereits auf 15 Millionen Euro. Auch der *Mannheimer Morgen* untertitelte am 26. Mai «Angst vor Radikalen» – und bezieht sich dabei auf die Frage nach vorgezogenen Neuwahlen des Betriebsrats. Die IG Metall lehnt dies ab, eben aus Angst vor einem eventuellen Erfolg von Radikalen. Der IG Metall-Bevollmächtigte Walter Spagerer teilte in diesem Beitrag mit, dass der Betriebsrat nicht hinter den Forderungen stehe, sondern sie nur überbringe.

Nach einer Woche, am 28. Mai, wurden die Lehrlinge zwangsbeurlaubt, also bei Lohnfortzahlung ausgesperrt. Offizielle Begründung war die Aufsichtspflicht des Unternehmens. «Lehrlinge, die zu protestieren wagten, wurden mit körperlicher Gewalt aus dem Betrieb entfernt».<sup>44</sup> Deutsche Facharbeiter wurden in die Hallen eingesperrt oder ebenfalls nach Hause geschickt. Während sich am 29. Mai die Vertrauensleute fern von den Versammlungen der Streikenden trafen, wurde ein «um Schlägertruppen «aus Meistern, höheren Angestellten und Leuten, die man noch nie vorher im Betrieb gesehen hatte» verstärkte[r] Werkschutz»<sup>45</sup> gegen die streikenden Bandarbeiter geschickt. Nachdem die Situation dort völlig eskaliert war, griff der Werkschutz auch die Vertrauensleute an.

«Einzelne Ausländer wurden herausgegriffen, verprügelt und durchs Werks Gelände gejagt. Gleichzeitig ging aber auch die ‚Säuberung‘ des Betriebs von vielen als oppositionell bekannten Kollegen vor sich, die ebenfalls mit Gewalt von Greiftrupps aus dem Betrieb geworfen wurden. Anschließend beschimpfte die Direktion die Streikenden als Anarchisten, Ausländermob, Kommunisten usw.»<sup>46</sup>

««Alte Betriebsräte, die schon seit Jahrzehnten im Werk sind, sagten nachher ganz blaß: Es war wie 1933.» Der Streik war nach einem genau ausgearbeiteten Plan zerschlagen worden.»<sup>47</sup> Am Nachmittag des 29. Mai plädierten die Vertrauensleute für den Abbruch des Streiks. Der Kompromiss mit der Betriebsleitung: 20 DM Lohnerhöhung für Arbeiter und Angestellte, 15 DM für die Lehrlinge. Es folgte eine Kündigungs- und Entlassungswelle, allerdings konnten IG Metall Ortsverwaltung und Betriebsrat

<sup>43</sup> Die Angaben gehen hier auseinander. Die anfängliche Forderung von 80 DM für Lehrlinge scheint am 24. Mai reduziert worden zu sein.

<sup>44</sup> Redaktionskollektiv «express» 1974: S. 68.

<sup>45</sup> Roth 1977: S. 7.

<sup>46</sup> Ebd. S. 68.

<sup>47</sup> Ebd. S. 8.

die meisten Entlassungen vermeiden.<sup>48</sup>

Karl Heinz Roth versteht die Werksschutz-Intervention<sup>49</sup> als Modell der Repression, wie es in Folge der weiteren Ausstände des Jahres 1973 weiterentwickelt wurde. Der *express* betont die «straffe Organisation der Gegenmaßnahmen, die auf gründliche Vorbereitung und ein genaues Studium einschlägiger Empfehlungen der Unternehmerverbände schließen lassen».<sup>50</sup> Der Streik und vor allem die Streikniederschlagung bei John Deere sind insgesamt eher ein negatives Beispiel für die hierarchische und teilweise nationalistische bis rassistische Spaltung in der Arbeiterklasse, das Redaktionskollektiv des *express* spricht 1974 von einer «schmerzhaften Niederlage».<sup>51</sup> Die Parole «Gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf», die der KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland)<sup>52</sup> in einem Flugblatt ausgegeben hatte, hatte nur für eine Minderheit eine Bedeutung.

Aber der Streik hatte, gemeinsam mit der Streikwelle, auch positive Veränderungen zur Folge: «Er trug dazu bei, daß bei den Arbeitskämpfen die Aufmerksamkeit zunehmend auf die unmenschlichen Bedingungen am Arbeitsplatz gelenkt wurde».<sup>53</sup> Zumindest einige zentrale Forderungen wurden in der folgenden, vorgezogenen Tarifrunde im Metallbereich aufrechterhalten und realisiert, dazu gehört die sogenannte «Steinkühler-Pause». Debatten um eine «Humanisierung der Arbeitswelt» und ein Zugehen der Gewerkschaften auf die migrantischen KollegInnen sind in der Streikwelle begründet. Die MassenarbeiterInnen hatten auf sich aufmerksam gemacht – allerdings in dem Moment, in dem ihre Zeit vorbei war: Die Reaktion auf die Krise und die Streikwelle war global eine Neuzusammensetzung der Arbeitsprozesse und eine Neuformierung des Arbeitsmarkts (die sich fortentwickelte zu Hartz, Agenda 2010 und Leiharbeit), kurz: ein «intelligenter Kampfsakt des Kapitals».<sup>54</sup>

## WARUM MANNHEIM?

Macht man sich allgemein Gedanken um die Gründe und Motivationen der 1973er Streikwelle, so reicht es nicht aus, in Kategorien von Klasse und Ökonomie zu denken. Die Klassenspaltung war, durchaus auch von oben gewollt, rassistisch. Die berechtigte Wut der GastarbeiterInnen bezog sich keineswegs nur auf Lohndifferenzen, sondern auf eine Ungleichbehandlung auf allen Ebenen: Die Verhältnisse am Arbeitsplatz, die zugewiesenen Aufgaben, aber auch die ambivalente Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften, die der internen Klassenspaltung ihrerzeit ebenso wenig entgegenzusetzen hatten wie heute im Fall von LeiharbeiterInnen, WerkverträgerInnen und zugewanderten ArbeiterInnen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit – und dies oftmals damals wie heute auch nicht wollten, weil ihr Hauptgeschäft der Schutz der Kernbelegschaften war und ist.

Das kann für die Situation in allen 1973 bestreikten Betrieben selbstverständlich nicht verallgemeinert werden: Flugblätter und Demonstrationenmaterialien wurden etwa bei Pierburg in Neuss durchaus von der IG Metall gedruckt – allerdings «unter der Hand» aus Initiative von Einzelnen und ohne einen offiziellen Segen der Gewerkschaft. Bei John Deere in Mannheim waren es nicht zuletzt Jugendvertreter der IG Metall, die den Streik offensiv unterstützten.

Die spezifisch Mannheimer Tradition von Arbeitskämpfen wird das ihrige dazu getan haben: Wir haben am Beispiel des Metallarbeiterstreiks von 1963 bereits darauf hingewiesen, dass schon zu diesem frühen Zeitpunkt die damaligen GastarbeiterInnen und internationalen Auszubildenden in die linken Strukturen und in den damaligen Streik integriert wurden. Sämtliche Quellen und ZeitzeugInnen betonen für 1963 eine völlig solidarische Haltung der ausländischen KollegInnen. Es ist also nicht allzu weit hergeholt, zu vermuten, dass in Mannheim auch 1973 eine erhöhte Streikbereitschaft unter den

---

<sup>48</sup> Mündlich wurde mir auch mitgeteilt, dass John Deere durchaus Schwarze Listen angefertigt hat, die aber durch das Engagement Einzelner abhandengekommen ist.

<sup>49</sup> Der Arbeitskreis Mannheimer Kommunisten (1973: S. 65) ergänzt diesbezüglich eine Sicherungsgruppe des BND und unterstützt damit die Grundaussage von Roth 1977.

<sup>50</sup> Redaktionskollektiv «*express*» 1974: S. 68. Zu diesen Empfehlungen vgl. Roth 1977. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Streikaktivität von AusländerInnen schon Jahre zuvor den Verfassungsschutz beschäftigte. Man muss sich das vor Augen führen: Ein Streik wird, wenn er von AusländerInnen geführt wird, quasi automatisch verfassungsfeindlich. De facto galt dies auch für andere Streiks, aber «Ausländerstreiks» wurden auch der Öffentlichkeit – nämlich in den Verfassungsschutzberichten – als Bedrohung der freiheitlich demokratischen Grundordnung präsentiert.

<sup>51</sup> Redaktionskollektiv «*express*» 1974: S. 66.

<sup>52</sup> Die Bezeichnung KBW ist nicht ganz korrekt, da dieser sich erst am 12. Juni 1973 gründete. Die Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum (NRF) Mannheim/Heidelberg war allerdings eine der beiden Gründerorganisationen und wird in Zeitzeugengesprächen als KBW erinnert.

<sup>53</sup> Köhler 1974: S. 151.

<sup>54</sup> *Wildcat*: Materialien gegen die Individualisierung (erste Lieferung). Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute. Beilage zur *wildcat* 93/Herbst 2012. S. 15.



GastarbeiterInnen bestand, weil man die Erfahrung gemeinsamer solidarischer Streiks gemacht hatte. Einschränkung ist allerdings zu betonen, dass die Fluktuation unter den GastarbeiterInnen sehr hoch war und man kaum davon ausgehen kann, dass 1973 noch GastarbeiterInnen in Mannheimer Metallbetrieben gearbeitet haben, die bereits 1963 oder auch nur 1971 dort aktiv waren. Hier werden zwei Aspekte relevant: Die Tradierung und der Erfahrungsaustausch innerhalb der migrantischen Communities wie auch die vergleichsweise hohe Kontinuität in den linken Betriebsstrukturen. Eine herausragende Rolle spielte dabei der Gewerkschafter und trotzkistische Aktivist Fritz Karg: Bereits 1963 war er es, der über seine Gewerkschaftsfunktion bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft ausländische KollegInnen in die linken betrieblichen Strukturen integrierte. Zum Zeitpunkt der Streiks war der spätere regionale DGB-Vorsitzende Leiter des Koordinationsausschusses für die Betreuung ausländischer Arbeitnehmer.

Das Rhein-Neckar-Gebiet war tatsächlich nicht der erste und auch nicht der intensivste Sektor der spontanen Streiks. Nach vereinzelt vorherigen Streiks stand die Region allerdings in einer relativ frühen Phase im Mittelpunkt der Streikwelle. Dies gilt für die Stadt Mannheim noch mal deutlicher als für die gesamte Region: Die wenigen Streiks in Heidelberg bezogen sich deutlich auf den gleichzeitigen Streik bei John Deere.

Über die allgemeinen Streikvoraussetzungen hinaus – Überausbeutung, Rationalisierungsprozesse, Zusammensetzung der migrantischen Arbeiterschaft – treten durchaus regionale Spezifika hinzu, die die Intensität der Maistreiks in Mannheim ausmachen: Erstens war, wie Karl Heinz Roth vermerkt, das Gebiet ein Schwerpunkt der «Gastarbeit». Zweitens hatte das Mannheimer Proletariat eine vergleichsweise ungebrochene radikale Tradition, die sich zu Beginn der 1970er Jahre vor allem in einer sehr starken DKP ausdrückte, die zu einem nicht geringen Teil aus immer noch aktiven Alt-KPDlerInnen bestand. Auch weitere linkssozialistische und oppositionelle Gruppen hatten, schon vermittelt durch die Industriestruktur der Stadt, einen verhältnismäßig hohes Interesse an den Geschehnissen in der Arbeitswelt – in dem benachbarten, akademisch geprägten Heidelberg spielte dies schon eine vergleichbar geringere Rolle.

Die Entwicklung der Streikwelle über ganz Deutschland im Verlauf mehrerer Monate betrachtet, kann man durchaus Wege nachvollziehen, anhand derer sich die Streiks verbreiteten – wenn man auch nicht davon ausgehen kann, dass alle diese Streiks einer solchen Bewegungslogik folgten: Dass es am 20. Juni erneut zu einem Lehrlingsstreik für eine Teuerungszulage und Fahrtgeldkostenerstattung kam, kann noch auf die Maistreiks zurückgeführt werden, ob die spontanen Ausstände am 19. September in der Stadtreinigung, am 10. Oktober bei Pepperl und Fuchs und am 25. Oktober bei der Antrieb- und Regeltechnik noch von den Erfahrungen des Mai zerren, muss aber fraglich bleiben. Auffällig ist auch, dass es nach dem Mai zwar diese vereinzelt «wilden» Streiks in Mannheim weiterhin gibt, in Heidelberg aber offenkundig völlige Ruhe eingekehrt ist.

## **DIE ROLLE DER BETRIEBSINTERVENTIONISTINNEN**

Die Motivation zu einem Streik – wie auch zu Protest im Allgemeinen – ist immer auch geprägt durch die Erfolgsaussichten. Stellen ArbeiterInnen ein positives Umfeld fest, so werden sie eher von einer Erfolgsmöglichkeit ausgehen: «Die Beschäftigten müssen davon überzeugt sein, dass es für den Konflikt beziehungsweise das Problem eine gangbare Lösung gibt und sie tatsächlich gemeinsam stärker werden».<sup>55</sup> Insofern kommt den unterstützenden linken Strukturen durchaus eine wesentliche Rolle zu. Zwar kann man nicht, wie ein zeitgenössischer Leserbrief urteilt, davon ausgehen, dass «Kommunisten außerhalb des Werks mit Tausenden von Flugblättern in vielen Sprachen» die Streiks ausgelöst hätten und «die Hetze der Kommunisten bei den Ausländern [...] auf fruchtbaren Boden [fiel]»,<sup>56</sup> aber dieses Engagement – die spürbare Solidarität und die Möglichkeit, Informationen über Streiks zu verbreiten – förderte die bereits vorhandene Streikbereitschaft. Dass «Kommunisten» verstärkt bei John Deere Flugblätter verteilt haben sollen (soweit sie dies nicht sowieso schon taten), ist angesichts der angespannten Situation und vor allem der sich um den 18. Mai ausweitenden Streikwelle vollkommen

---

<sup>55</sup> Dribbusch, Heiner: Voraussetzungen internationaler Solidarität: Zur Diskussion um einen europäischen Generalstreik. S.339. In: *WSI-Mitteilungen* 5/2014. S. 337–343.

<sup>56</sup> *Mannheimer Morgen*, 30.05.1973.

plausibel. Sicherlich haben sie – allein schon, weil dadurch Informationen, vor allem über Erfolge, weitervermittelt wurden – damit zur Streikbereitschaft beigetragen, sie jedoch keineswegs hergestellt. Wohl aber hatten sie Einfluss auf die Forderungen. So schreibt sogar der *express* 1974 zu dem Streik bei John Deere:

«Offenbar stand ein guter Teil des Betriebsrats nicht hinter den Lohnforderungen, die freilich manchem überhöht erscheinen mochten. Diese Forderungen lagen auch weit über denen vergleichbarer Betriebe in der Region. Sie entstanden nicht im Betrieb, sondern wurden zunächst durch Flugblätter vor den Werkstoren propagiert».<sup>57</sup>

Neben den zeitgenössischen Medienberichten und den zeitnah erstellten Analysen ist eine Hauptquelle des 1973er Streikgeschehens eine Vielzahl von linken Flugblättern und Berichten in den Zeitungen und Zeitschriften der radikalen Linken. Einzelne Streiks lassen sich sogar nur durch diese Flugblätter nachweisen. In Mannheim dominieren Flugblätter der DKP und des KBW (oftmals mindestens mit türkischer, serbokroatischer, spanischer und italienischer Übersetzung), des Weiteren waren trotzkistische Gruppen und die Reste des SDS aktiv.<sup>58</sup>

Das Engagement der linksradikalen Gruppen beschränkte sich nicht auf das Verteilen von Flugblättern und «Partei»-Zeitungen. Die «Königsdisziplin» war die Betriebsintervention.<sup>59</sup> Schon allein durch seine Struktur – Ballungsgebiet der Industrie, vor allem der Metallverarbeitenden Industrie, und gleichzeitiger Standort mehrerer Hochschulen – war Mannheim und Umgebung ein Schwerpunkt für die BetriebsinterventionistInnen verschiedener politischer Couleur. Ihr Einfluss auf die migrantischen ArbeiterInnen war zumindest nicht völlig nichtig. Das lag durchaus auch an ähnlichen politischen Einstellungen – eine Affinität zu eher linken Gruppen ließ sich z.B. bereits in den frühen 1960er Jahren bei algerischen ArbeiterInnen festmachen, und in den 1970er Jahren z.B. unter griechischen ArbeiterInnen, die vor dem obristischen Militärregime geflohen waren oder unter SpanierInnen, die noch von der Tradition des Syndikalismus beeinflusst waren.<sup>60</sup>

«Auch wenn sie [die BetriebsinterventionistInnen, Anm. T.B.] zeitweise einige Resonanz bei migrantischen Arbeitern gewinnen konnten, deren Situation sie als einzige im Blick hatten, blieben sie auf längere Sicht eher am Rande. Das wurde deutlich bei den insbesondere von migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern getragenen aufsehenerregenden Streiks bei Pierburg in Neuss oder Ford/Köln, bei denen diese auf sich selbst verwiesen blieben. Der geringe Rückhalt in der deutschen Arbeiter\_innenschaft wurde rasch durch den Schulterchluss Betriebsrat/Gewerkschaften und Betriebsleitung beendet».<sup>61</sup>

Im Allgemeinen können wir festhalten: Niemand streikt, weil jemand anders – und schon gar nicht linke AktivistInnen, womöglich noch mit akademischem Hintergrund – es ihm oder ihr nahelegt. Die Motivation für die Streiks ist sicherlich in der Unzufriedenheit mit der eigenen Situation und mit einem Bewusstsein über die eigenen Machtmittel zu erklären. Die linke Betriebsintervention war nicht Ursache der Streiks, sondern andersherum wird ein Schuh daraus: Die Streiks – sowohl die «wilde» Streikwelle von 1969 wie auch jene von 1973 – war für viele Inspiration für die Intervention. Eine spätere Betriebsinterventionistin betonte auf einer Veranstaltung mit Jan Ole Arps in Mannheim: «Wir sind nicht mit einer politischen Strategie in die Betriebe gegangen. Wir sind dahingegangen, weil wir gedacht haben, da rockt's.»

«Die meisten autonomen Kader hatten den Betrieb da [in der Zeit der Etablierung der Grünen als Partei, Anm. T.B.] schon wieder verlassen, manche resignierten, andere hatten gelernt, wieder andere suchten weiter den Strand unter dem Pflaster, den nicht wenige in Landtagen oder im Bundestag fanden.»<sup>62</sup>

<sup>57</sup> Redaktionskollektiv «express» 1974: S. 69.

<sup>58</sup> Liest man den Abschluss des Streikberichts des Arbeitskreises Mannheimer Kommunisten (1973: S. 71f.), bekommt man einen Eindruck der Sektiererei der diversen K-Gruppen: Die Schriften der DKP werden als demokratisches Gewäsch und als antikommunistisch geschildert, der KBW würde «die Leistungen der DKP in Hinblick auf rechtsopportunistisches Taktieren noch» übertreffen. Allein die Formulierungen weisen darauf hin, dass das Engagement dieser Organisationen kaum einen Streik ausgelöst haben kann.

<sup>59</sup> Siehe ausführlich: Arps, Jan Ole: Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren. Berlin/Hamburg 2011. Insb. S. 92–100; sowie wildcat 2012.

<sup>60</sup> Insbesondere letztere hatten einen wesentlichen Einfluss auf die Gründung der FAU (Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union) 1977. Das Kölner «Anarcho-Syndikat» hatte bereits 1973 während des Ford-Streiks eine Betriebsgruppe bei Ford Köln. Die Exil-CNT (spanische syndikalistische Gewerkschaft) hatte zu dieser Zeit sieben bis acht Ortszusammenschlüsse in der BRD. Siehe dazu: AG «30 Jahre FAU»: FAU. Die ersten 30 Jahre. 1977–2007. Moers 2008. S. 23–33.

<sup>61</sup> Thien, Hans-Günter: Klassentheorien – die letzten 50 Jahre. S. 168. In: *Prokla* 175/2014. S. 163–185.

<sup>62</sup> Ebd. S. 169.

Ganz so, wie Thien es hier darstellt, war es dann doch nicht allerorten: Thien erwähnt vorher durchaus auch die im Betrieb Verbliebenen, die sich aber oft von den Fließbändern verabschiedeten und Vollzeit-Betriebsräte wurden. Das bedeutete und bedeutet nicht selten einen Wechsel in der Frontstellung, jedoch nicht in allen Fällen. Eine Vielzahl von ArbeiterInnen-Unruhen der ersten zwei Jahrzehnte der 2000er Jahre ist durchaus auch auf die noch virulenten Erfahrungen aus den 1970er Jahren zurückzuführen – wie ja auch die aktuelle Krise seit 2007 Folge der Entwicklungen seit 1973 ist. Arbeitskämpfe wurden in den vergangenen Jahren oft dort radikal und vergleichsweise militant geführt, wo diese Strukturen noch existieren – ein Beispiel dafür ist das Alstom-Werk in Mannheim, in dem diese Tradition nie ganz abgebrochen ist, wie ab 1987 bei dem Übergang von BBC zu ABB, dann wieder ab 1999 bei der Teilung in ABB und Alstom sowie aktuell bei dem Verkauf von Alstom an General Electrics deutlich wurde und wird.<sup>63</sup>

Es sind aber auch einige der damaligen BetriebsinterventionistInnen als ArbeiterInnen in den Betrieben geblieben. Aus der Intervention wurde dann oftmals eine «teilnehmende Beobachtung», das politische oder soziale Engagement verschob sich in andere Bereiche. Und es gibt auch durchaus noch aktuelle Betriebsinterventionen, die weniger im Industrie- als im Dienstleistungssektor stattfinden. Allerdings haben diese meist andere Grundvoraussetzungen, man geht nicht mehr in die Betriebe, nur um zu intervenieren, sondern man interveniert, weil man dem ökonomischen Zwang, in diese Betriebe zu gehen, einen zusätzlichen politischen Sinn verleihen möchte.

Das hat allerdings eine Konsequenz: Diese Art von Betriebsintervention dauert nicht länger als notwendig. Die Vernetzung zwischen den notgedrungenen BetriebsinterventionistInnen ist marginal. Und: Der Arbeitsmarkt hat sich – selbst wenn wir nur die als prekär geltenden Bereiche betrachten – dermaßen ausdifferenziert, dass die verschiedenen Milieus trotz ähnlicher ökonomischer Bedingungen kaum mehr zusammenkommen. Die Vermittlung von Erfahrungen untereinander findet in extrem geringerem Maße statt als in den 1970er Jahren.

## VON GASTARBEITERINNEN ZU EINWANDERINNEN

In ihrer Retrospektive zur Entstehung und Rezeption der Studie «Die «andere» Arbeiterbewegung» sehen die beiden AutorInnen einen damaligen Fehler der operaistisch orientierten Betriebslinken in der ausschließlichen Fokussierung der unqualifizierten MassenarbeiterInnen, die eben meist die «GastarbeiterInnen» ausländischer Herkunft waren: «Die Figur MassenarbeiterIn verschwand unter den Schubwellen einer weltweit greifenden Dezentralisierung und Individualisierung der Ausbeutungsverhältnisse».<sup>64</sup> Sie betonen die neue Orientierung dieser «Schicht»,<sup>65</sup> die zu Kleinselbständigkeit und Familienorientierung führte – auch weil die spontanen Streiks 1973 in ihrer Mehrheit eben keine Erfolgsgeschichte darstellen, sondern meist vergleichsweise brutal niedergeschlagen wurden. Das ist allerdings nur ein Aspekt dieser Neuorientierung: Noch im selben Jahr, im November 1973, beschloss der Bundestag angesichts der aufkommenden Wirtschaftskrise einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte. Wer nun bleiben wollte, musste sich schon ökonomisch anders orientieren. Dieser Entwicklung sind immerhin Pizza, Döner und Gyros zu verdanken. «[M]it dem Zuzugstopp [...] holten die «Gastarbeiter» ihre Familien nach, suchten sich Wohnungen in den Stadtteilen, die die Deutschen verlassen hatten, machten Kneipen und Gemüseläden auf».<sup>66</sup>

Zwei Aspekte sind daran bemerkenswert:

Erstens ist angesichts der Gesamtzusammensetzung der GastarbeiterInnen noch zu überprüfen, ob die Streikwelle 1973 auch eine Frauenstreikwelle war oder die bekannten von Frauen geprägten Streiks bei

---

<sup>63</sup> Zusammenfassend sehr gut dargestellt ist diese Geschichte in dem Film «Résistance – unsere Chance» aus dem AVZ der IG Metall-Bildungsstätte Sprockhövel.

<sup>64</sup> Ebbinghaus, Angelika und Karl Heinz Roth: Dissidente Geschichtsschreibung. Vor 40 Jahren erschien im Münchener Trikont-Verlag «Die «andere» Arbeiterbewegung». S. 33. In: *analyse & kritik* Nr. 595 vom 17. Juni 2014. S. 32f.

<sup>65</sup> Der Begriff der «Schicht» soll hier klar abgegrenzt von dem Begriff «Klasse» darauf hinweisen, dass die vorrangig ökonomisch bestimmte Klasse der Arbeitenden in sich durchaus sehr heterogen zusammengesetzt ist – der Begriff «Klassenzusammensetzung» spielt eine zentrale Rolle in den Untersuchungen der operaistischen Strömung. Ich bin mir bewusst, dass der Begriff «Schicht» hier durchaus problematisch ist, weil er vereinfacht: Erstens ist die Figur «MassenarbeiterIn» durch die Art der Arbeit und dem damit verbundenen sozialen Status bestimmt, weniger durch ein gemeinsames Milieu, auch wenn dies ebenfalls eine Rolle spielt. Und zweitens klingt «Schicht» nach einem einheitlichen Milieu, das auch unter den GastarbeiterInnen durchaus nicht vorausgesetzt werden kann.

<sup>66</sup> Wildcat 2012: S. 9.

den Hella-Werken in Lippstadt und Paderborn vom 16. bis zum 19. Juli und bei Pierburg in Neuss hier Ausnahmen sind. Etwa zwei Drittel der GastarbeiterInnen waren Männer, Manuela Bojadžijev beziffert die Zahl der Frauen auf 706.000.<sup>67</sup> Es ist allerdings tatsächlich durchaus fraglich, ob tatsächlich «Frauen und Kinder aus Süd- und Südosteuropa sowie aus der Türkei nach Deutschland»<sup>68</sup> nachgeholt wurden, oder nicht in ganz ähnlichem Maß auch Ehemänner von arbeitenden Frauen. Bojadžijev weist darauf hin, dass zumindest unter den jugoslawischen Gastarbeiterinnen die Rückkehrbereitschaft gering war.<sup>69</sup> Ob nun Gastarbeiter oder Gastarbeiterin – die fehlende familiäre Bindung ist sicherlich mitverantwortlich für eine vergleichsweise hohe Militanz und Streikbereitschaft (die sich je nach Herkunftsland noch einmal deutlich unterschied – auch das hat wiederum zahlreiche verschiedene Aspekte: Vorherige Politisierung, Status im Produktionsprozess in Deutschland, kollegiale Umgebung etc.). Die familiären Diskussionen, die einen Streik normalerweise begleiten, waren großteils ersetzt durch Diskussionen mit MitbewohnerInnen in Wohnheimen und Lagern, und diese MitbewohnerInnen waren in der Regel auch KollegInnen. Auch dies ist wiederum ein Aspekt für geschlechtsspezifische Unterschiede im Streikverhalten, denn Frauen wurden anders untergebracht als Männer.

Zweitens weist die Entwicklung ab 1973 aber auch darauf hin, wie unbeständig eine proletarische Identität als kulturelle Identität sein kann. Die Proletarität stellte für viele GastarbeiterInnen nur ein biographisches Zwischenspiel dar. Angesichts des baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks 1963 stellte der griechische Werkstudent Dimitris Bardis in «*Der Gewerkschafter*» (7/1963) die Situation der GastarbeiterInnen dar:

«Die meisten von ihnen waren keine Landarbeiter, sondern selbstständige Kleinbauern, sie haben ihre Selbstständigkeit aufgegeben. Diese Umstellung von Selbstständigkeit zu Industriearbeitern empfinden sie als soziale Degradierung».

Viele GastarbeiterInnen wurden aus einer subsistenzgeprägten Selbstständigkeit heraus proletarisiert. Es war folglich nicht allein der ökonomische Aspekt, sondern vielmehr das hierarchische Fabrikssystem, das für die neu Proletarisierten demütigend und entwürdigend wirken musste. Die zeitnahen Analysen der Streikwelle stellen dann auch fest, dass Auslöser der Streiks wie auch gestellte Forderungen im Vergleich zum sonstigen Streikgeschehen überproportional oft die Arbeitsbedingungen thematisierten.<sup>70</sup> Die Umorientierung von der Fabrik zur Imbissbude<sup>71</sup> ab 1973 war tendenziell eine Rückkehr in die Identität als «unabhängige» Selbständige. Das erklärt die sehr geringe Tradierung der Fabrikkämpfe in die nächsten Generationen. Fragt man heute Kinder und Enkel dieser Generation, stellt man häufig fest, dass die Familiengeschichte lediglich als Geschichte einer «Dynastie» von Restaurant-Besitzern o.ä. erzählt wird. Die damit einhergehende «Gefahr des partikularisierenden und individualisierenden Rückzugs», die Horst Kern 1974 entsprechend prophezeite,<sup>72</sup> hat sich voll und ganz bewahrheitet – allerdings nicht nur bezogen auf die migrantischen Streikenden.

Vielleicht hätte eine Tradierung der Streikerfahrung zu einem anderen Umgang mit der Welle an Ausländerfeindlichkeit nach 1989 führen können.<sup>73</sup> Die Ausgrenzung von Seiten nationalistischer und rassistischer Überdeutscher führte zu einer Identifizierung mit der Nationalität der Eltern, anstatt mithilfe einer Klassenidentität versuchte man, sich mit Hilfe einer nationalen Identität zur Wehr zu setzen. Die Akzeptierung dieser Fremdzuschreibung – die ja von deutschen Neonazis und der extremen Mitte gemacht wurde – führt heute zu den kulturalistischen und neorassistischen Analysen des vermeintlichen Scheiterns der multikulturellen Gesellschaft und des Bestehens vermeintlicher «Parallelgesellschaften».

---

<sup>67</sup> Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster 2012. S. 103. Die Zahlen bzgl. der Gesamtzahl schwanken sehr deutlich. Klaus Jürgen Bade nennt in der *ZEIT* vom 24.11.2013 eine Gesamtzahl von 14 Millionen GastarbeiterInnen – diese waren aber nicht gleichzeitig da, sondern es gab eine extrem hohe Fluktuation. Marios Nikolinakos gibt für 1970 eine Gesamtzahl von 1.948.951 GastarbeiterInnen an. Nikolinakos, Marios: Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus. Reinbek 1973. S. 46. Für das Jahr 1973 ist aber oft auch von 4 Millionen GastarbeiterInnen die Rede.

<sup>68</sup> Ebbinghaus/Roth 2014: S. 33.

<sup>69</sup> Bojadžijev 2012: S. 104.

<sup>70</sup> Kern 1974 sowie Kosack/Castels 1974.

<sup>71</sup> Das ist natürlich ein Klischee. Es konnte auch das BWL-Studium sein.

<sup>72</sup> Kern 1974: S. 41.

<sup>73</sup> Bojadžijev 2012: S. 12.

## AUSBLICK

Aber wirtschaftliche Proteste migrantischer Gruppen finden auch heute noch statt – und sie nehmen zu. Das gilt, mehr noch als im regionalen Rahmen, vor allem global. Am spektakulärsten und bekanntesten ist hier wohl die erhebliche Zunahme an Streiks und *labour unrest* in China und hier insbesondere unter den chinesischen WanderarbeiterInnen.<sup>74</sup> Aber auch in Europa lässt sich diese Streikform nach wie vor finden: Seit 2009 entwickelt sich eine Welle wilder Streiks in Slowenien, die ihren Ausgang in einem Streik bei dem Hausgerätehersteller Gorenje in Velenje hatte.

Die beiden wilden Streiks – 2009 und 2012 – bei Gorenje bezeichnet die Redaktion der *wildcat* als «das slowenische Pierburg Neuss».<sup>75</sup> Wie bei Pierburg 1973 besteht die Belegschaft von Gorenje zum Großteil aus Frauen, binnen einer Woche wurden in dem Streik 2009 die Forderungen zum Großteil durchgesetzt. Weitere Beispiele sind die Kämpfe der afrikanischen und vermehrt auch osteuropäischen ArbeiterInnen auf den italienischen Tomatenplantagen<sup>76</sup> und vor allem die eskalierende *labour unrest* in Bosnien sei dem Frühjahr 2014, die gar nicht überschätzt werden kann.<sup>77</sup>

Aber auch hierzulande finden wir verschiedenste Formen von migrantisch geprägten Protesten, die nicht allein antirassistisch sind, sondern fast immer auch eine klassenkämpferische Komponente haben.<sup>78</sup> Die Zusammensetzung der Protestierenden hat sich dabei stark geändert: Es sind nicht mehr die traditionellen GastarbeiterInnen – denn die gibt es ja in diesem Sinne auch nicht mehr – aus Süd- oder Osteuropa oder der Türkei, die die Akteure dieser Kämpfe sind, sondern einerseits die extrem marginalisierten Flüchtlinge und AsylbewerberInnen, deren Kämpfe meist deswegen schon keinen ökonomisch-betrieblichen Charakter haben, weil ihnen die Arbeit verboten sind, und die zahlreichen WerkverträgerInnen, die im Zuge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit vor allem aus Osteuropa nach Deutschland kommen.

Probleme sind nicht selten dieselben wie in den 1970er Jahren: Der Hungerstreik sechs rumänischer Bauarbeiter in Frankfurt am Main eskalierte Ende Juni 2014 soweit, dass der Arbeitgeber – die Firma Accent Bau GmbH aus Bad Soden – die Arbeiter trotz bestehender Verträge vom Baugelände aussperrte und aus ihren Unterkünften rauswarf.<sup>79</sup> Es sind zahlreiche weitere Beispiele benennbar, etwa die Aktionen polnischer ArbeiterInnen im Jahr 2011, um von ihrem insolventen Arbeitgeber «Grenzland» am Niederrhein die ausstehenden Löhne zurückzufordern<sup>80</sup> oder auch die Proteste der osteuropäischen WerkverträgerInnen einer Fleischerei in Emsdetten bei Münster, die – ebenfalls durch eine Insolvenz verschuldet – für ausstehende Löhne und für Wohngelegenheiten kämpfen mussten. Auch hier kehren alte Muster wieder: An einer Demonstration am 15. März 2014 nahmen die durchaus aktiven ArbeiterInnen nicht teil, weil Ihnen mit Kündigung der Werkverträge durch die Nachfolgefirma (bzw. durch VorarbeiterInnen) gedroht wurde.<sup>81</sup> Das bislang spektakulärste Ereignis in dieser Reihe von Protesten ist aber sicherlich der Streik von etwa 150–200 WerkverträgerInnen auf der Papenburger Meyer-Werft nur eine Woche vor den Protesten in Emsdetten: Der eintägige spontane Ausstand der osteuropäischen ArbeiterInnen ist wohl der erste in dieser Größenordnung, der sich mit den Streiks von

<sup>74</sup> Eine exzellente und umfangreiche Auswahl an Literatur und Literaturhinweisen – zu einem großen Teil auch online abrufbar – zu diesem Thema seit 2008 liefert die Homepage <http://www.gongchao.org>. Der zum Zeitpunkt der Entstehung jüngste, gleichzeitig aber auch bislang größte wilde Streik von WanderarbeiterInnen in China fand im April 2014 in mehreren Schuhfabriken des Sportschuhherstellers Yue Yuen mit bis zu 50.000 Beteiligten statt. Vgl. Ruckus, Ralf: Alle Sneaker stehen still... Unternehmer, Polizei und Gewerkschaft gehen gegen den bisher größten Wanderarbeiterstreik beim Sportschuhhersteller Yue Yuen in China vor. In: *analyse & kritik* Nr. 595 vom 17. Juni 2014. S. 16.

<sup>75</sup> Redaktion *wildcat*: Slowenien: Das Ende der Transformation. Wilde Streiks und Proteste im EU-Modellstaat. S. 7. In: *wildcat* Nr.94, Frühjahr 2013. S. 6–9.

<sup>76</sup> Perotta, Mimmo: Rosarno, Europa. In: *wildcat* Nr.86, Frühjahr 2010. S.52-59; Ders.: Tomatenernte in Nardò/Apulien: der erste selbstorganisierte Streik der Tagelöhner. In: *wildcat* Nr.91, Herbst 2011. S. 42–45.

<sup>77</sup> Redaktion *wildcat*: Aufstand in Bosnien. In: *wildcat* Nr.96, Frühjahr 2014. S. 7–11.

<sup>78</sup> Das ist letztlich überhaupt keine Besonderheit: Soziale Kämpfe lassen sich nicht trennen in «klassenkämpferische», «antirassistische» oder «antisexistische». Dass all diese Aspekte auftauchen, ist von vornherein Bestandteil sozialer Kämpfe. Welchen Charakter sie vorrangig haben, liegt eher in der Betrachtungsweise der KommentatorInnen und AnalytikerInnen. Das momentan die Analyse «Antirassismus» vorrangig ist, liegt vor allem am inhaltlichen Stand der heutigen linksradikalen Organisationen. In den plumpen Polemiken Thilo Sarrazins oder Akif Pirinçis ebenso wie in den Wahlkampfverlautbarungen der AfD wird aktuell diese Mischung in Form eines ausgeprägten Sozialrassismus besonders deutlich.

<sup>79</sup> Siehe <http://www.fr-online.de/frankfurt/hungerstreik-bauarbeiter-ohne-lohn,1472798,27586364.html> und [http://www.igbau.de/IG\\_BAU\\_unterstuetzt\\_Rumaenen\\_in\\_Not.html](http://www.igbau.de/IG_BAU_unterstuetzt_Rumaenen_in_Not.html), beide abgerufen am 27.06.2014.

<sup>80</sup> Robot: Im Grenzland des Pflanzen-Teufels. FAU unterstützt polnische ArbeiterInnen im niederrheinischen Agrarbereich, die um ihren Lohn betrogen werden. In: *Direkte Aktion* Nr. 205, Mai/Juni 2011. S. 7.

<sup>81</sup> Mitha, Thorsten: Madige Werkverträge. «Fine Food» beschäftigt osteuropäische ArbeiterInnen zu skandalösen Bedingungen. In: *Direkte Aktion* Nr. 223, Mai/Juni 2014. S. 6.

1973 vergleichen lässt und darüber hinaus erfolgreich war: Die Streikenden handelten mit Hilfe des Betriebsrats der Meyer-Werft und der lokalen IG Metall deutsche Arbeitsverträge sowie eine Direktauszahlung geleisteter Überstunden.<sup>82</sup>

Zu wirtschaftlichen Protesten migrantischer Gruppen muss man heute ferner auch die zahlreichen Proteste von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen zählen. An dieser Stelle sei exemplarisch nur ein Beispiel genannt, das aufzeigt, dass solche Proteste tatsächlich auch im engeren Sinne den Charakter eines wirtschaftlichen Kampfes annehmen können: In den Flüchtlingslagern Blankenburg (bei Oldenburg) und Bramsche (bei Osnabrück) kam es 2006 zu Streiks in Flüchtlingslagern, die keineswegs nur – wie in den Medien kolportiert – «Hungerstreiks» waren, sondern sich auch in der Verweigerung der Betätigung in Ein-Euro-Jobs äußerten.<sup>83</sup> Seit spätestens 2012 erleben wir eine Welle von Flüchtlingsprotesten, die in allen Bundesländern stattfindet und in der momentanen Lethargie linker Bewegungen nahezu die einzige «wirkliche Bewegung» (Karl Marx) – in dem Sinne, dass es sich um selbstorganisierten Widerstand der konkret Betroffenen handelt – darstellt.

Das weist auch auf einen weiter oben bereits angerissenen Aspekt hin: Der linksradikale Aktivismus – der auch heute oft nicht von den unmittelbaren AkteurInnen, sondern von solidarischen Gruppen ausgeht – ist sicherlich kein ursächlicher Auslöser für konkrete Widerstände. Die Erfahrung von Unterstützung und die mediale Multiplikationsfunktion tragen aber wesentlich dazu bei, dass sich diese Kämpfe ausweiten. Das war in den spontanen Ausständen 1973 der Fall, ist es aber nicht mehr bei den osteuropäischen WerkverträgerInnen. Bei der Ausbreitung von Flüchtlingskämpfen – die in erster Linie aus der Lage und der politischen Identität der kämpfenden Flüchtlinge entstehen – existiert ein solcher solidarischer Zusammenhang mit Multiplikationswirkung.

Eine Ausbreitung von Betriebskämpfen scheitert heute auch an einem mangelnden Erfahrungsaustausch, den die radikale Linke – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht mehr leistet. «Mit Entstehen der Autonomen [...] hat sich die Diskussion völlig verschoben. Nicht mehr zu dem, was ich arbeite, sondern Politik als Freizeitbeschäftigung».<sup>84</sup>

Dieser berechtigte Vorwurf einer Trennung des «Politischen» vom «Privaten», unter das die ökonomische Situation nun subsumiert wird, muss kein Plädoyer für die durchaus zu problematisierende Betriebsintervention im Stil der 1970er Jahre sein. Dass die eigene ökonomische Situation allerdings mit Aufkommen der «Autonomen» kaum noch thematisiert wurde und wenn doch, so kaum in kollektiven Zusammenhängen, ist ein Hinweis darauf, warum in radikal-linken Zusammenhängen über Jahrzehnte der Klassenbegriff kaum noch eine Rolle spielte und der «Abschied vom Proletariat» (André Gorz) nahezu vollkommen war:

«Die Jungen, die sich in den 90er Jahren politisierten, wussten: Die Arbeiter, das sind Rassisten und Sexisten, der deutsche Mob. ‚Links-Sein‘ hieß, sich davon zu unterscheiden und diese Unterscheidung deutlich zu machen. Wenn man überhaupt noch etwas Emanzipatorisches erreichen will, dann geht das nur gegen diese Arbeiter. Deren Kämpfe wurden als Gewerkschaftsangelegenheit verstanden. Das Wissen von einer nicht institutionell vertretenen, ‚anderen Arbeiterbewegung‘, deren Kämpfe sich außerhalb der gewerkschaftlichen Logik entwickelten, war verschütt gegangen».<sup>85</sup>

Tatsächlich sind die sozialökonomischen Entwicklungen seit 1973 auch insgesamt dazu angetan, diesen Trend zu verstärken. Das bedeutet vor allem, dass die Fabrik und der Betrieb nicht mehr der Ort sind, an dem Kommunikation stattfindet. Das lässt sich vielleicht nicht von heute auf morgen ändern, wohl aber könnte mehr über die Fabriken und Betriebe geredet werden. Betriebsinterventionen in den Büros von Soloselbständigen oder auf dem Arbeiterstrich sind kaum möglich, auch die Intervention etwa in der Leiharbeit wäre aufgrund der wechselnden Einsatzorte und des permanenten Belegschaftswechsels eine unbefriedigende Sisyphusarbeit. Das sind nur einige Aspekte zunehmender Vereinzelung im Arbeitsleben. Die auch rein räumliche Spaltung der Arbeiterklasse muss heute sicherlich tatsächlich nach Feierabend überwunden werden, d.h. aber auch, spezifisch proletarische Räume und Zeiten zu schaffen, in und an denen dies möglich ist.

---

<sup>82</sup> Bewernitz, Torsten: Der kommende Ausstand. In Papenburg fand der erste erfolgreiche Werkvertrags-Streik statt. In: *Direkte Aktion* Nr. 223, Mai/Juni 2014. S. 6.

<sup>83</sup> Bewernitz, Torsten: Die Zukunft des Konzepts Streik. S. 34f. In: Ders. (Hrsg.): *Die neuen Streiks*. Münster 2008. S. 18–63.

<sup>84</sup> Wildcat 2012. S. 18.

<sup>85</sup> Wildcat 2012: S. 3.

Mannheim ist eine der Städte mit den höchsten Zahlen an neu zugewanderten RumänInnen und BulgarInnen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Im Gegensatz zu den anderen beiden Städten – Dortmund und Duisburg – hält sich ein gegen diese gewandter Rassismus verhältnismäßig in Grenzen. Auch in Mannheim gab es Proteste von Flüchtlingen in den hiesigen Asyl-Unterkünften. Roma campieren «illegal» hinter dem Bahnhof, wie der *Mannheimer Morgen* skandalisierend zu berichten weiß und selbstverständlich gibt es immer noch die zweite und dritte Generation von Menschen «mit Migrationshintergrund» im Berufs- und Betriebsleben. Dass aus allen diesen verschiedenen Aspekten heutiger Migration kaum Protest und Widerstand wahrgenommen wird, heißt ebenso wenig wie 1973, dass es diesen nicht gibt.

Es ist allerdings ein weiterer Aspekt zu benennen: Die Proletarisierung – oder Prekarisierung, wie modern lieber gesagt wird – weiter Bevölkerungsschichten verläuft zwar parallel zu rassistischen Kriterien, betrifft aber keineswegs nur MigrantInnen oder Menschen ausländischer Herkunft.<sup>86</sup> Insbesondere im Dienstleistungsbereich, im Kontakt mit «KundInnen», offenbart sich der Rassismus auch darin, dass diese prekären Beschäftigungsverhältnisse eher an deutsch aussehende und fließend deutsch sprechende Menschen vergeben werden. Auch hier finden wir in einer Form der Überausbeutung die Probleme wieder, gegen die 1973 ja keineswegs nur die migrantischen ArbeiterInnen gekämpft haben. Und auch hier lassen sich Formen des Widerstands entdecken und unterstützen – man muss nur wollen.

**Zuerst erscheinen in:**

FAU Mannheim (Hrsg.): *Mannheims «andere» Arbeiterbewegung. Beispiele eines lokalen Arbeiterradikalismus*, Lich 2014.

Wir danken dem Verlag und dem Autor für die Erlaubnis zur Veröffentlichung.

AUTOR:

**Torsten Bewernitz**, Jg. 1975, Politikwissenschaftler. Lehrt zurzeit an der Hochschule Darmstadt am Institut für Soziale Arbeit, Redakteur bei *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*.

---

<sup>86</sup> So finden wir in den Einzelhandelsstreiks der letzten Jahre teilweise interessante Parallelen. In Stuttgart stellten die VerkäuferInnen 2006/2007 kollektiv die Forderung «Einen Euro mehr!» auf.